

Stand: 21.05.2024 06:57:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/760

"Für ein soziales Europa: Europäischen Mindestlohn jetzt einführen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/760 vom 20.03.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 21.03.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/2211 des BU vom 09.05.2019
4. Beschluss des Plenums 18/2466 vom 05.06.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 05.06.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Volkmar Halbleib, Margit Wild, Klaus Adelt, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Für ein soziales Europa: Europäischen Mindestlohn jetzt einführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt die Bundesregierung, „einen Rahmen für Mindestlohnregelungen in den EU-Staaten“ zu entwickeln, wie es die Koalitionsparteien in ihrem Vertrag vom 12.03.2018 festgelegt haben.

Er begrüßt die Schaffung der europäischen Säule sozialer Rechte in 20 Grundsätzen, die das Europäische Parlament, der Europäische Rat und die Europäische Kommission auf dem Göteborger Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum am 17.11.2017 proklamiert haben, welche u. a. Mindestlöhne zur Ermöglichung eines angemessenen Lebensstandards von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien zur Zielsetzung haben.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, den Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, darin zu unterstützen, den Aufbau einer europäischen Mindestlohnsystematik durchzusetzen und dies auf allen politischen Ebenen voranzutreiben.

Begründung:

Aktuell gilt in 22 der 28 EU-Staaten ein branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn. Bei der Höhe der Lohnuntergrenze bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten, sowohl mit Blick auf die tatsächliche Höhe wie auch in Relation zu den nationalen Lebenshaltungskosten und Lohngefügen.

Der Ankerwert eines europäischen Mindestlohns als brauchbarer Maßstab der Vereinheitlichung sollte in Höhe von 60 Prozent des Medianeinkommens liegen, wie dies aktuell bereits in Slowenien, Portugal und Frankreich der Fall ist. Dies hätte auch in Deutschland eine deutliche Anhebung des Mindestlohns zur Folge.

Ein Rahmen für den europäischen Mindestlohn reduziert die zunehmende Lohnungleichheit innerhalb der EU und verhindert die weitere Ausdehnung des Niedriglohnssektors. Er stellt einen Beitrag zur Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität dar, und hilft, internationalen Standortwettbewerb abzumildern. Der Druck auf nationale Tarifsysteme, der durch die wachsende Arbeitnehmermobilität innerhalb der EU entsteht, kann so gemindert werden.

Der europäische Mindestlohn als Sockelbasis internationaler Koordinierung kann ein Absinken von Reallöhnen verhindern und die binnenwirtschaftliche Dynamik anregen. So werden makroökonomische Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Union abgebaut.

Der europäische Mindestlohn stellt sicher, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und keine den Lohn aufstockende Unterstützung vom Staat benötigen. Dies entlastet die Staatshaushalte und schützt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Altersarmut.

Der europäische Mindestlohn gewährleistet Existenz sichernde Einkommen und schützt damit im Besonderen Frauen, die oft von Niedriglöhnen betroffen sind, vor Lohnarmut und Abhängigkeit.

Der europäische Mindestlohn schafft fairen Wettbewerb. Unfairen Wettbewerbsvorteilen von Unternehmen zulasten ihrer eigenen Beschäftigten durch Lohndumping wird damit Einhalt geboten.

Die weiteren Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/757 mit 18/760 sowie 18/989 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Nachmittag und Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:00 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 18/760

Für ein soziales Europa: Europäischen Mindestlohn jetzt einführen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter:

Markus Rinderspacher

Mitberichterstatter:

Alexander König

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 9. Sitzung am 9. April 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 8. Sitzung am 9. Mai 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Volkmarr Halbleib, Margit Wild, Klaus Adelt, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/760, 18/2211

Für ein soziales Europa: Europäischen Mindestlohn jetzt einführen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Alexander König

Abg. Florian Siekmann

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Martin Böhm

Abg. Helmut Markwort

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)

Für ein soziales Europa: Europäischen Mindestlohn jetzt einführen! (Drs. 18/760)

Ich weise nochmals darauf hin, dass namentliche Abstimmung beantragt ist. Erster Redner ist Kollege Markus Rinderspacher, SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 1. Januar 2015 war ein großer Tag für den deutschen Sozialstaat. Am 1. Januar 2015 wurde nach einem jahrelangen Kampf der SPD und der Gewerkschaften endlich der Mindestlohn in Deutschland eingeführt und damit auch einem bayerischen Verfassungsgebot zur Verwirklichung verholfen. Allein in Bayern profitierten damals 550.000 Menschen vom Mindestlohn, von Lohnerhöhungen von 15, 18, 20, 25 % zum 1. Januar.

Der Mindestlohn hatte zur Folge, dass die Kaufkraft im Land gestärkt wurde und dass die Renten stabilisiert wurden. Die vergleichsweise hohen Rentensteigerungen der letzten Jahre waren auch die Folge der Einführung des Mindestlohns. Der von den konservativen und liberalen Parteien und den Arbeitgeberverbänden prognostizierte Niedergang der deutschen und bayerischen Volkswirtschaft ist ausgeblieben. Nun gilt es, diese sozialpolitische Erfolgsgeschichte auch auf der europäischen Ebene auszubauen, zu harmonisieren und zu verstetigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nun die Chance. Das Europaparlament wurde gewählt, und zahlreiche Abgeordnete der folgenden Gruppierungen sprechen sich für den europäischen Mindestlohn aus: die europäische Linke, die europäische Sozialdemokratie, die europäischen

GRÜNEN, Teile der europäischen Liberalen mit Emmanuel Macron, Teile der EVP. Wir denken an Jean-Claude Juncker, der 2014 damit sogar Wahlkampf gemacht hat.

Nun liegt es an der deutschen Ratspräsidentschaft, den europäischen Mindestlohn spätestens 2020 durchzusetzen. Schließlich steht er auch im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD, wo es heißt, es gelte nun, einen Rahmen für Mindestlohnuntergrenzen in den EU-Staaten zu entwickeln. Das ist auch notwendiger denn je; denn das Arbeitsleben in Europa verändert sich aufgrund des technischen Fortschritts, der Globalisierung und des Wachstums des Dienstleistungssektors in erheblichem Maße. Die neue Arbeitswelt wirft mit Blick auf Einkommen, Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsbedingungen Fragen zur Qualität künftiger Arbeitsplätze auf.

Die sozialen Realitäten in Europa sind unterschiedlich, je nachdem, wo man lebt und arbeitet. In Europa gibt es eine Vielzahl von Beschäftigungsmustern, Löhnen und Gehältern. Einkommen und Sozialsysteme unterscheiden sich nach wie vor sehr stark. Deshalb gilt es, den Mindestlohn zu vereinheitlichen. Wir sagen nicht, dass es in Rumänien und Bulgarien die gleiche Mindestlohnhöhe wie bei uns in Deutschland geben soll. Wir schlagen aber eine Höhe von 60 % des Medianlohns vor. In Slowenien, Portugal und Frankreich ist das bereits der Fall. Wenn wir uns dies in Deutschland zum Maßstab nehmen, würde der Mindestlohn bei uns in Deutschland auf zwölf Euro steigen. Das wäre auch etwas für die deutsche Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD)

Die Einführung einer europäischen Mindestlohnnorm ermöglicht das Vorgehen gegen Sozialdumping, Armut und wachsende Ungleichheit.

Noch einmal für alle einige Punkte, warum der Mindestlohn auf bayerischer, deutscher und auch auf europäischer Ebene von besonderer Bedeutung ist.

Erstens. Mindestlöhne verhindern Lohnarmut und schaffen würdige Arbeitsbedingungen; denn Mindestlöhne stellen sicher, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und keine weitere Unterstützung vom Staat benötigen.

Zweitens. Mindestlöhne sorgen vor; denn "Niedriglöhne heute" heißt "Altersarmut morgen".

Drittens. Mindestlöhne entlasten den Staatshaushalt; denn es ist Aufgabe der Unternehmen, nicht des Staates, für existenzsichernde Einkommen zu sorgen.

Viertens. Mindestlöhne schaffen fairen Wettbewerb. Durch Lohndumping verschaffen Unternehmen sich nämlich unfaire Wettbewerbsvorteile zulasten ihrer eigenen Beschäftigten.

Fünftens. Mindestlöhne sorgen für Gerechtigkeit. Sie stoppen die Abwärtsspirale der Löhne, unter der immer häufiger auch Beschäftigte mit Berufsausbildung und Studium leiden.

Sechstens. Mindestlöhne fördern Gleichberechtigung. Sie schützen Frauen, die besonders oft von Niedriglöhnen betroffen sind, vor Lohnarmut und Abhängigkeit.

Und: Mindestlöhne schaffen Klarheit. – Damit komme ich zum Ende. – Mit Mindestlöhnen wissen Arbeitnehmer, was ihnen an Lohn zusteht. Sie werden nicht gezwungen, aus Unwissenheit Jobs anzunehmen, deren Bezahlung unterhalb des Branchenstandards oder gar unterhalb des Existenzminimums liegt. Deshalb: Jetzt der europäische Mindestlohn!

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Abgeordneter König, CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Deutsche Bundestag Anträge derartiger Bedeutung und Dringlichkeit in das Plenum hoch-

ziehen würde, dann bräuchte er für eine Legislaturperiode nach meiner Schätzung mindestens acht Jahre.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber wir sind hier im Bayerischen Landtag und wissen eh nicht, was wir heute Abend noch anstellen sollen. Deshalb behandeln wir diesen an Überflüssigkeit wirklich nicht mehr zu überbietenden Antrag der SPD-Fraktion auch noch im Plenum.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sie haben wohl ein Problem mit dem Mindestlohn?)

Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag ist deshalb überflüssig, weil die Europäische Union noch nicht einmal eine Rechtsetzungskompetenz im Bereich des Arbeitsentgelts hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Dann kämpfen wir dafür!)

Bitte schauen Sie nach: Es gibt nicht einmal eine Rechtsgrundlage für eine auf das Arbeitsentgelt bezogene Rechtsetzungskompetenz der Europäischen Union.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Setzen wir uns dafür ein!)

Daran vermag die Tatsache nichts zu ändern, dass die Koalitionäre auf Bundesebene in ihrer Umnachtung – ich war nicht dabei – diesen Satz in den Koalitionsvertrag geschrieben haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) War die CSU auch umnachtet?)

Unabhängig von alledem möchte ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen – im Ausschuss habe ich es in der gebotenen Kürze gesagt –: Mit unserem Verständnis von Subsidiarität ist es nicht ansatzweise in Einklang zu bringen, dass wir im Bayerischen Landtag

einen europäischen Mindestlohn fordern. In 22 Ländern der Europäischen Union gibt es bereits einen Mindestlohn. Tun Sie also nicht so, als ob es diesen nicht gäbe!

Was die Höhe bzw. die Ausgestaltung des Mindestlohns angeht, so sind wir zutiefst davon überzeugt, dass es – das entspricht auch der Gesetzgebungskompetenz – Aufgabe der Nationalstaaten und der dortigen Tarifparteien ist, sich darum zu kümmern. Es ist mitnichten Aufgabe des Bayerischen Landtags, die Staatsregierung aufzufordern, beim Bundesminister für Arbeit und Soziales darauf hinzuwirken, er möge auf europäischer Ebene eine europäische Mindestlohnsystematik durchsetzen. Das ist Quatsch, meine Damen und Herren. Das ist wirklich Unsinn.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das braucht niemand. Das kann man auch mit den geschliffensten Worten, die Kollege Rinderspacher dafür verwendet hat, was ich wie immer sehr anerkenne, nicht begründen.

Ich bitte Sie noch einmal, Rechtsgrundlagen dafür zu suchen. Es gibt keine! Es gibt auch keine Notwendigkeit. Wir sind der Meinung, man sollte sich in dem jeweiligen Land darum kümmern – dort kann man es am ehesten beurteilen – und nicht im Bayerischen Landtag darüber philosophieren, in welchem Land der Europäischen Union welcher Mindestlohn angebracht ist. Wir lehnen das ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sie wollten ja auch den deutschen Mindestlohn nicht! Deshalb haben Sie diese Haltung!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Der Abgeordnete Siekmann, Fraktion die GRÜNEN, bitte.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege König, ich kann das Mindestlohngejammer der CSU wirklich bald nicht mehr hören.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Alexander König (CSU): In dem Antrag geht es um einen europäischen Mindestlohn!)

Es hat 2015 damit angefangen, dass der Untergang der Wirtschaft prophezeit worden ist. Der Untergang ist ausgeblieben; das Gegenteil war der Fall.

Ich sage Ihnen noch etwas: Die Einführung des Mindestlohns war ein großer Schritt vor allem für viele junge Leute, für viele meiner Kommilitoninnen und Kommilitonen.

(Alexander König (CSU): Darum geht es hier nicht! Es geht um etwas anderes!)

– Warten Sie doch einen Moment ab, Herr König, bevor Sie gleich wieder durch die Decke gehen! Ich habe Ihnen auch zugehört.

Viele Kommilitoninnen und Kommilitonen haben für ihren Job neben dem Studium endlich ein angemessenes Gehalt bekommen. Seitdem können sie sich das Studium besser leisten, und viele andere Menschen in Deutschland können sich das Leben besser leisten.

Heute sagen Sie, es sei komisch, dass hier so ein Antrag gestellt werde. Dann frage ich zurück: Warum stellen Sie Anträge zur A1-Bescheinigung? Darüber haben wir in einer der vergangenen Sitzungen debattiert, als es darum ging, wie es mit der sozialen Sicherheit bei grenzüberschreitender Arbeit aussieht. Es ist übrigens wichtig, dass wir hier über die A1-Bescheinigung debattiert haben; denn wir setzen uns mit verschiedenen Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auseinander: Was sind die Folgen der Dienstleistungsfreiheit? In welchem Rahmen finden Entsendungen statt? Welche Folgen hat es, dass die Bevölkerung in der Europäischen Union immer mobiler wird? Wir müssen dieser Bevölkerung soziale Mindeststandards bieten. Zur sozialen Säule der Europäischen Union gehört verdammt noch mal ein Mindestlohn dazu!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Alexander König (CSU): Das ist doch hier gar nicht die Frage! Die Frage ist, ob wir im Bayerischen Landtag über einen Mindestlohn auf europäischer Ebene verhandeln müssen!)

Wir reden von einer Mindestlohnrichtlinie, einer Grenze nach unten. Diese Formulierung ist bewusst so gewählt. Die vielen Vorzüge hat Kollege Rinderspacher schon richtig ausgeführt. Wir können das wieder auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten herunterbrechen und damit auch in Ihren regionalen Kontext setzen, Herr König: In Tschechien beträgt der Mindestlohn nur 41 % des Medianeinkommens. Hier sind es 47,8 %, in Frankreich 61,8 %.

Wir wünschen uns Wettbewerb durch Innovationen, nicht Wettbewerb durch Lohndumping oder andere unfaire Vorteile. Das ist es, worum es bei der Frage nach dem europäischen Mindestlohn im Kern geht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dass die soziale Säule in der Europäischen Union anerkannt und gestärkt gehört, ist sicherlich unbestritten. Das wird besonders deutlich, wenn wir uns mit der Situation in vielen europäischen Nachbarstaaten zum jetzigen Zeitpunkt auseinandersetzen. Ich will an dieser Stelle bewusst an die arbeitsgesetzlichen Regelungen, insbesondere an die zur Arbeitszeit, erinnern, die in anderen Staaten in letzter Zeit getroffen worden sind. In Ungarn, einem Land, das die CSU lange als Partnerland verstanden hat, auch unter der Regierung Orbán, ist man zum 12-Stunden-Tag zurückgekehrt. Die Menschen dort müssen sich mit einer Überstundenregelung auseinandersetzen, wonach die Vergütung für geleistete Überstunden erst drei Jahre später ausgezahlt werden muss.

Das zeigt, dass wir auf einen vernünftigen sozialen Mindeststandard für alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger angewiesen sind. Dieser muss unabhängig davon gelten, in welchem Land sie im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit arbeiten, auch dann, wenn sie entsandt worden sind. Deshalb bitte ich Sie heute Abend: Lassen Sie

uns die soziale Säule der Europäischen Union zu einem starken Grundpfeiler dieser Gemeinschaft machen und mit dem europäischen Mindestlohn einen Stein dazu beitragen!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Gotthardt, FREIE-WÄHLER-Fraktion, bitte.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege König, Kollege Siekmann und Kollege Rinderspacher, als Vorsitzender des Europaausschusses freut es mich grundsätzlich, wenn wir über europäische Themen im Landtag debattieren. Die Leidenschaft, mit der wir das tun, zeigt, dass es politisch so falsch nicht sein kann. Ich glaube, es ist gut, wenn wir hier darüber debattieren, auch wenn ich nicht immer die Positionen teile, die vorgetragen werden. Aber grundsätzlich ist es gut.

Obwohl es schon spät ist, möchte ich Sie auf eine kleine Europareise einladen.

(Unruhe bei der CSU)

Fangen wir an: Frankreich 10,03 Euro, Belgien 9,66 Euro, Deutschland 9,19 Euro, Spanien 5,45 Euro, Slowenien 5,10 Euro, Malta 4,40 Euro, Griechenland 3,39 Euro, Litauen 3,39 Euro, Tschechien 3,11 Euro, Kroatien 2,92 Euro, Rumänien 2,68 Euro. 22 Länder – Kollege König hat es schon gesagt – haben bereits einen Mindestlohn.

Die Länder der Europäischen Union, die keinen Mindestlohn haben, heißen Österreich, Italien, Zypern, Dänemark, Finnland und Schweden. Das sind nicht gerade die Länder, die bekannt dafür sind, mit ihren Arbeitnehmern ausbeuterisch umzugehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Weitere Fakten aus unserer Fact-Finding-Mission durch Europa: Besonders dynamisch entwickeln sich die Mindestlöhne in den osteuropäischen Ländern; die Zu-

wachsraten dort betragen 7 bis 10 %. Spanien und Litauen stachen im vergangenen Jahr heraus: Spanien hat den Mindestlohn um gut 22 % erhöht, Litauen um 38 %.

EU-weit liegt der Mindestlohn im Durchschnitt bei 55 % des Durchschnittslohns. Die SPD will 60 % erreichen. Ein "großer" Zugewinn!

Am niedrigsten – mit 40 % des Durchschnittseinkommens – ist der Mindestlohn in Tschechien, am höchsten mit fast 65 % in Portugal; Sie haben es erwähnt. Die monatlichen Mindestlöhne schwanken also zwischen 550 Euro in Bulgarien und 1.600 Euro in Luxemburg.

Noch viel interessanter ist die Zahl derer, die Mindestlöhne empfangen: In Spanien sind es 0,5 % der Arbeitnehmer, in Slowenien bis zu 20 %. Das ist nicht ein allzu großer Teil.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn wir solche Zahlen haben – warum diskutieren wir dann über etwas, was es in den meisten Ländern der Europäischen Union schon gibt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es ist vollkommen richtig: Die Länder können das gut selber regeln, und sie regeln das auch selber.

Mir ist es viel wichtiger, dass in der Europäischen Union ein Prinzip gilt, dessen Durchsetzung die Europäische Kommission zu einem ihrer Hauptziele erklärt hat: Selber Lohn für selbe Arbeit am selben Ort: Dort beginnt nämlich das Sozialdumping, das uns allen, unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weh tut, wenn es in jedem Land der Europäischen Union geschieht. Weil aus anderen Ländern Menschen hierherkommen und zu anderen Preisen arbeiten. Dort liegt das Problem und nicht beim Mindestlohn, den wir europäisch regeln müssten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wieder zurück, weg von den Emotionen, hin zum Fact-Finding. Auch ich möchte mich noch einmal auf die Verträge beziehen, denn wenn Sie sich den Artikel 153 des EU-Vertrages durchlesen, so heißt es darin klipp und klar: Wir haben auf europäischer Ebene keine Kompetenz, um uns in die Lohnfindung einzumischen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Die Kolleginnen und Kollegen aller europäischen – wie sagt man auf Deutsch? –

(Thomas Kreuzer (CSU): Mitgliedsländer? – Weitere Zurufe: Sozialpartner!)

– Sozialpartner, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, sind uns dankbar, wenn wir uns auf europäischer Ebene nicht in die europäische Politik, schon gar nicht vom Landtag aus in europäische Themen einmischen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Für viel wichtiger halte ich es, dass wir uns an Artikel 174 des EU-Vertrages halten. Der nämlich sagt: Wir müssen für die Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union sorgen. Darin liegt der Schlüssel. Wenn wir die Lebensverhältnisse angleichen, dann werden wir viel erreichen. Aber das schaffen wir nicht über einen Mindestlohn. Dazu haben wir andere, bessere Instrumente.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Böhm von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD bittet heute dieses Hohe Haus mit ihrem Antrag um Unterstützung, um am Stuhl der Bundesregierung zu sägen. Das Hohelied der meisten Sozialisten ist besonders seit dem vergangenen Wochenende und besonders aus Bayern heraus – – Wie viele von Ihnen sind denn heute Nacht noch hier? – Okay, die Anzahl der aktuell anwesenden SPD-Abgeordneten liegt nahe dem Wert, der ihnen bei der Bundestags-

wahl vom Volk beschert werden wird: Zehn minus x Prozent ist meine persönliche Prognose.

(Beifall bei der AfD)

Nachdem Ihre Bemühungen um ein Erstarken des Kollektivismus krachend gescheitert sind, ziehen Sie hier wieder einmal einen typischen Schaufensterantrag hoch, allerdings einen, der auch das irrlichternde Handeln der Schwarzen beleuchtet; denn ausdrücklich weist die SPD auf den Koalitionsvertrag vom März 2018 hin, um hier eine darin festgeschriebene Forderung zu befördern: Es soll ein Rahmen für Mindestlohnregelungen in den EU-Staaten geschaffen werden. – Aha! Chapeau, liebe CSU! Auch Sie waren in Berlin mit an Bord, haben aber hier im Ausschuss gemeinsam mit uns und weiteren konservativen Parteien ausdrücklich gegen den hier vorliegenden SPD-Antrag gestimmt. Eventuell haben Sie ja zuvor die tiefendroten Zeilen 170 bis 172 des Koalitionsvertrages nicht so genau gelesen – für uns ganz in Ordnung, denn zumindest den Wertkonservativen unter Ihnen möge die Übelkeit erspart bleiben, die einen beim genaueren Lesen dieses Koalitionspapiers überkommt.

(Heiterkeit bei der AfD – Markus Rinderspacher (SPD): Wertkonservative wollen den Mindestlohn!)

Im Antrag der SPD wird auf die Grundsätze des Göteborger Sozialgipfels abgestellt. All dieses EU-Gedöns von Gleichmacherei im Timmermans-Jargon ist doch nichts anderes als eine Umverteilung zulasten derer, die hier den Motor am Laufen halten – und nicht nur hier.

Nun fühlen sich unsere Sozialisten bemüßigt, auch noch andere Länder zu bekehren. Vielleicht sind die Menschen dort ja froh, zwar schlechter bezahlte Arbeit zu haben, aber ihr Leben frei und selbstbestimmt zu führen. Was glauben Sie, wie Länder in Südost- und Osteuropa bei drastisch steigenden Mindestlöhnen ihre Exportfähigkeit erhalten können! Dort heißt die Alternative zum geringen Lohn dann eben: gar kein

Lohn. Was der deutsche Sozialismus hier befördert, ist Protektionismus der hässlichsten Art, nämlich Protektionismus durch die Hintertür.

(Beifall bei der AfD – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) So ist es!)

Sie nehmen mit einem überzogenen Mindestlohn den betroffenen Ländern die Wettbewerbsfähigkeit, so wie Sie es bei Italien schon mit dem Euro geschafft haben; und in einer Kette gemeinsamen Verlierens locken Sie damit noch mehr EU-Wirtschaftsmigranten ins Land, die dann unsere Sozialkassen auszehren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das Gegenteil ist richtig!)

In der Folge fordern Sie höhere Steuern für Leistungsträger, um die Armutszuwanderung zu alimentieren. Das Ziel des roten Gutmenschen ist erreicht, wenn er sich so sein neues Wahlvölkchen erschaffen hat. Das brauchen Sie auch, denn der deutsche Arbeiter hat Sie lange durchschaut und wählt AfD, und auf die andere Hälfte Ihrer Wähler wartet schon der grüne Geier.

(Heiterkeit bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Wenn Sie gehen müssen, dann gehen Sie bitte mit Haltung, und versuchen Sie nicht, mit solchen Anträgen dieses Hohe Haus mit in Ihren roten Sumpf zu ziehen. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der AfD – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Bravo, bravissimo!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie in der letzten Plenarsitzung hat kurz vor Schluss der Kollege Helmut Markwort das Wort für die FDP-Fraktion. Herr Markwort, Sie haben beim letzten Mal durch Ihren kurzen Redebeitrag die Sitzung so beendet, dass wir noch abstimmen konnten. Ich versichere Ihnen ausdrücklich, dass Sie heute Ihre Redezeit voll ausnutzen können, wenn Sie wollen. Sie können sich aber auch kürzer fassen.

Helmut Markwort (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es grenzt schon an Satire, dass der Bayerische Landtag so kurz vor Mitternacht damit beschäftigt ist, 28 andere EU-Partner mit merkwürdigen Vorschlägen zu quälen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU und der AfD)

Die Sozialpolitik der EU-Partner geht uns nichts an.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sie waren doch gegen den deutschen Mindestlohn und haben ihn abgelehnt! Das ist scheinheilig!)

Obwohl es keine Kompetenz gibt, haben wir uns die Mühe gemacht, einmal Ihre Vorschläge durchzurechnen, und sind zu dem Ergebnis gekommen,

(Zurufe von der SPD)

– wollen Sie meine Redezeit verlängern?

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Selbstverständlich!)

dass Ihr Modell in den reichen Ländern die reichen Arbeiter reicher machen würde und in den armen Ländern die armen Arbeiter ärmer. Das ist unausgegoren, und es ist Gott sei Dank so, dass es dafür keine Rechtsgrundlage gibt.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der AfD)

Wir wollen uns dort nicht einmischen. Der Kollege König hat schon vorgerechnet, dass es in 22 Ländern bereits Mindestlöhne gibt, in 6 Ländern gibt es noch keine. Ich könnte mir denken, dass die österreichischen Nachbarn mit Kummer auf Ihre Vorschläge sehen; aber, liebe Österreicher, wir schützen euch vor den Plänen der SPD.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU und der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Nach der FDP hätten wir in Deutschland keinen Mindestlohn, das ist die Wahrheit!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter Halbleib, Sie hätten die Chance gehabt, eine Zwischenbemerkung zu machen. Darauf haben Sie verzichtet.

Damit kommen wir, nachdem keine weiteren Rednermeldungen vorliegen, zur Abstimmung. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten. Damit ist die Abstimmung eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 23:28 bis 23:33 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 23:33 bis 23:36 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Für ein soziales Europa: Europäischen Mindestlohn jetzt einführen!" auf Drucksache 18/760 bekannt. Mit Ja haben 42, mit Nein 116 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Verehrte Damen und Herren, ich wünsche Ihnen ein schönes Pfingstfest. Kommen Sie gut nach Hause, und vergessen Sie nicht: Am 26. Juni haben wir die nächste Plenarsitzung. Alles Gute und auf Wiedersehen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 23:37 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2019 zu Tagesordnungspunkt 13: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion SPD; Für ein soziales Europa: Europäischen Mindestlohn jetzt einführen! (Drucksache 18/760)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert			
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra			
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	42	116	0